

Medienmitteilung

Themen	Die glp BL fasst die Parolen für den 28. September 2014
Für Rückfragen	Hector Herzig Kantonalpräsident M. 076 321 54 64 hector.herzig@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Basel-Landschaft www.bl.grunliberale.ch
Datum	21. August 2014

Stimmfreigabe zur öffentlichen Krankenkasse und ohne NEIN-Stimme zur Fusionsprüfung

Nachdem sich die glp BL bereits vor einem Vierteljahr aus den Regierungsratswahlen zurückgezogen hatte, konnte sie sich an der gestrigen Mitgliederversammlung in Binningen auf die Parolenfassungen zum 28. September fokussieren.

Die glp BL hat an der gestrigen Vorstandssitzung folgende Parolen gefällt:

Eidgenössische Vorlagen:

- NEIN zur Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»
- Stimmfreigabe zur Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

Kantonale Vorlagen:

- JA zur Änderung des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV und IV; Anpassung Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (Vermögensverzehr)
- JA zur Änderung der Kantonsverfassung (§ 68 betreffend Konstituierung Landratspräsidium)
- JA zur Teilrevision des Landratsgesetzes (Parlamentsreform sowie Regelung der Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen des Kantons)
- JA zur Änderung der Kantonsverfassung (Gegenvorschlag zur formulierten Verfassungsinitiative «Für die Fusion der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft»)

Fusionsfrage war Formsache

Bereits im Januar 2013 hat die glp BL den Grundsatzentscheid für ein JA zum Fusionsprozess gefällt. Viele Mitglieder sind aktiv im Unterstützungskomitee von «ein Basel». Die Landräte haben im Juni mittels Lobbying im Mitteleck aktiv zum Gegenvorschlag beigetragen. Trotz allem hat es nicht zu einem einstimmigen JA gereicht. Die drei Enthaltungen fussen einzig auf der Kritik zum vorgegebenen Prozess oder aus Angst vor einem NEIN nach der Arbeit des Verfassungsrates.

Abweichende Parole zur glp CH bei der öffentlichen Krankenkasse

Währendem die DV der glp CH mit einem 2/3-Mehr die „Einheitskasse“ abgelehnt hatte, führten tiefgründige Diskussionen über Scheinwettbewerbe bei staatlich administrierten Preisen zu einem knappen Mehr an JA-Stimmen. Dem Antrag auf Stimmfreigabe stimmte die MV einstimmig zu.